

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg. monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher. 13 693.

Inseratskosten die halbpaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei Plagvorkauf 15 Pfg. Schwertiger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.- Mark jedes Tausend bei Zellaufgabe 5.- Mark - Schluss der Annahme von Inseraten für die 180ige Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 Fernsprecher 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

Wilson's Rede zum zweiten Amtsantritt. Parlamentarische Auflösung in Australien.

Jahrestage des Weltkriegs.

7. März 1916. Vor Verbund die französische Stellung in 8 Kilometer Breite und 3 Kilometer Tiefe erstreckt; die Dörfer Jorges und Regnville und die Höhen des Maden- und des kleinen Gunters-Abades genommen; 3277 Mann und 58 Offiziere gefangen. - Im Weyre das Dorf Frednes erobert, 700 Franzosen gefangen. - Der neue englische Marineetat sieht ein Personal von 350 000 Mann vor. - Die Türkei behält die Dienstpflicht auf das 50. Lebensjahr aus.

Die neuesten Meldungen.

Die Lage in Australien.

Amsterdam, 6. März. Aus einer Meldung des Manchester Guardian, die vor dem Bekanntwerden der Auflösung des australischen Parlaments veröffentlicht wurde, geht hervor, daß die Lage in Australien folgendermaßen ist: Die Hälfte des Senats wird vor Juli neu gewählt werden und die Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses endet im Oktober. Hughes hat die Absicht, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, aber die übrige lebende Hälfte des Senats kann nicht nach Hause geschickt werden und besteht aus 14 Oppositionellen und 4 Anhängern von Hughes. Hughes wird deshalb bei der Wahl für die Hälfte des Senats, die neu gewählt wird, einen überwältigenden Sieg davontragen müssen. Auf jeden Fall steht es fest, daß Hughes nicht zur Reichskonferenz kommen wird. Der Oberkommissar für Australien, Fisher, wird vermutlich Hughes vertreten, er wird aber nicht mit allen Vollmachten ausgestattet sein und wird lediglich die Interessen Australiens zu wahren suchen. Wegen der Ereignisse in Australien kann die Konferenz sehr bald eröffnet werden, da man nur noch auf Hughes gewartet hatte.

Unterhausdebatten.

Rotterdam, 6. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte der liberale Abgeordnete Lambert, daß das Kriegsamt besser getan hätte, 10 000 Mann aus Saloniki wegzunehmen, als sie der Landwirtschaft zu entziehen. Sir J. D. Herbert (Liberal) sagte, die wichtigste Frage sei im Augenblick nicht das Soldatenmaterial für die Fortführung des Krieges. Churchill sagte, er zweifle, ob man dieses Jahr entscheidende Resultate werde erreichen können. Er hoffe, daß die Regierung ihre Heere nicht für einen Kampf in gewaltigem Maßstabe verwenden werde, wenn sie nicht absolut sicher wäre, daß man dadurch zu der entscheidenden Phase vorwärts schreite. Bonar Law lehnte es ab, sich für oder gegen die Expedition von Saloniki zu äußern. Es handle sich nicht mehr allein um die Politik der englischen Regierung. Die Alliierten verfolgten jetzt eine gemeinsame Politik im nahen Osten. Von einer Geheimföhrung, die Churchill vorge schlagen hatte, versprach sich Bonar Law keinen Nutzen. Paterson sagte in Verantwortung einer Frage, daß der Kartoffelmarkt in England, sondern in der ganzen Welt herrsche. Wenn man fortfähre, in dem bisherigen Verhältnis Kartoffeln zu essen, so würde wahrscheinlich am Ende des Frühjahr das Ansehen des Sommers überhaupt niemand mehr Kartoffeln bekommen. Leute, die von andern Nahrungsmitteln leben könnten, sollten sich der Kartoffeln enthalten, damit der Vorrat für die Armen reiche. Er glaube nicht, daß die Landwirte Kartoffeln zurückhalten.

Eingebrachte Preise.

Hamburg, 7. März. Der mit einer Ladung Salpeter nach England bestimmte Dampfer Alvingstone ist in der Nordsee aufgebrochen und wegen Beförderung von Banntware als Preise nach Hamburg eingebracht worden.

Gegen die Konferenz der Entente-Sozialisten.

Bern, 7. März. Die leitende sozialistische Partei läßt in der Berner Tagwacht erklären, daß sie die Teilnahme an der geplanten Konferenz der Entente-Sozialisten entschieden ablehne. (Frankfurter Zeitung.)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 6. März befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Vom Tage.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus wird uns vom Dienstag geschrieben:

Die Beratung des Landwirtschaftsetats brachte alsbald die große Ernährungsdebatte, wie wir sie in ganz ähnlicher Weise in jedem der verfloffenen Kriegsjahre erlebt haben. Dem Thema lassen sich, so aktuell und von so gewaltiger inner- und auherpolitischer Bedeutung es auch ist, neue Seiten kaum noch abgewinnen. Es ist das alte Bild: die Rechte betont voller Selbstbewußtsein die enorme Wichtigkeit der Volksernährung für den Ausgang des Krieges und verlangt demgemäß jede erdenkliche finanzielle Hilfe. Nicht nur durch organisatorische Unterstützung der Landwirtschaft, sondern auch durch entsprechend hohe und immer höhere Preise, damit auch der nötige „Anreiz“ für die landwirtschaftliche Produktion vorhanden ist. Die Linke dagegen verlangt zwar auch jede mögliche Unterstützung der Landwirtschaft durch Zuführung von Düngern, Gespannen, Maschinen und menschlichen Arbeitskräften, vertritt aber zugleich die Ansicht, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse das erträglichste Maß bereits beträchtlich überschritten haben und jede weitere Steigerung eine unverantwortliche Schröpfung des Publikums ist. Und das Resultat all dieser Aussprachen pflegt dann zu sein, daß die Lebensmittelpreise immer mehr steigen und die Not der breiten Massen immer schlimmer wird! Der wohlorganisierte Einfluß des Agrarierturns und der mit ihm zusammengehenden Kreise und die rücksichtslose politische Energie dieser Schichten verfehlen sich eben Geltung zu verschaffen, während man die noch so geräuschvolle Kritik der Linken nicht besonders tragisch nimmt. Man weiß ja, daß hinter den scharfen Worten der Fortschrittler und der Regierungsozialisten doch nicht der Wille steht, es auf einen erneuten Konflikt ankommen zu lassen. Deshalb bleibt es trotz Waterloo und aller Verträge bei dem alten System der „Kureize“ - das Murren der Massen beschwichtigt man, so gut es eben gehen will, mit „Hindenburgspeck“ und ähnlichen kleinen Mitteln.

Den Standpunkt der Rechten vertrat am entschiedensten der konservative Hoesch, der gegen alle unbenommen Eingriffe des Kriegsernährungspräsidenten Verwahrung einlegte und den Landwirtschaftsminister gegen seine Zähler verteidigte. Kläglich schon seien die Maßbefugnisse des preussischen Landwirtschaftsministeriums eingeschränkt worden. Man liefere der Landwirtschaft die nötigen Gespanne, Arbeitskräfte, man garantiere ihr entsprechend hohe Preise und sie werde ihre vaterländische Pflicht erfüllen. Erhöhung der Getreidepreise sei dringend geboten, dagegen sei es unbegreiflich, wie man an eine Verabfolgung der Viehpreise denken könne. Der Abgeordnete Lippmann (Sp.) bestritt die Notwendigkeit weiterer Preis erhöhungen, da der sehr lebhaft Güterhandel und die sehr hohen Getreidepreise hinlänglich die außerordentliche Prosperität der Landwirtschaft bewiesen. Deshalb sei es auch sehr bedauerlich, daß man die kleine Verabminderung der Viehpreise sofort wieder durch Erhöhung der Getreidepreise wettmachen wolle.

Für die „Mehrheitsfraktion sprach Otto Braun. Er betonte die Notwendigkeit einer ausreichenden Lebensmittelproduktion für das Durchhalten, und forderte deshalb Ausbarmachung aller vorhandenen Anbauflächen, ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger und Bereitstellung aller notwendigen Arbeitskräfte. Der agrarische Auf nach höheren Preisen begehrte seinem lebhaften Widerspruch. Namentlich auch die Kartoffelpreise seien, gemessen an den Erzeugungskosten, viel zu hoch. Der Neuburger schloß eingehend die Notlage der ländlichen, insbesondere der proletarischen Schichten. Mit scharfen Worten kennzeichnete er den Unfug, der mit allerhand Konserven verläßt werde, ohne daß dagegen bisher zum Schutze des betroffenen Publikums eingeschritten werde. Uebrigens ließ es Braun an kräftigen Tönen nicht fehlen, schloß er seine Rede doch mit der Mahnung, daß die Regierung unter allen Umständen die Ernährungsfrage für die Massen lösen müsse, wolle sie nicht gewärtigen, daß auch die Arbeiter nach dem Grundgesetz handelten: „Not kennt kein Gebot“.

Worte freilich tun es nicht. Das wird auch der preussische Landwirtschaftsminister denken, der zudem nach der vehementen

Scheinattacke Scheidemanns noch auf eine ganz andre Abrechnung hätte gefaßt sein müssen, als sie ihm dessen Vorstandskollege Otto Braun widerfahren ließ.

Am Montag hat Präsident Wilson seine zweite Präsidentschaftsperiode durch Ablegung des Amtsbids auf dem Kapitol angetreten. Dabei hat er eine Botschaft verlesen, in der es nach einer vom Wolffschen Bureau weitergegebenen Neutermelbung heißt:

Von Anfang an bräute der Krieg unvermeidlicherweise unserm Gelfte, unserm Handel und unserm Politik seinen Stempel auf. Es war unmöglich, ihm gleichgültig oder unabhätigig gegenüberzustehen. Trotz vieler Meinungsverschiedenheiten wurden wir einander nähergebracht. Man wagt uns zur See großes Unrecht zu.

Wir hätten aber nicht den Wunsch, mit Unrecht und Beleidigung zu antworten. Obwohl einige der uns angefügten Uebel unerträglich waren, waren wir uns stets bewußt, daß wir nicht für uns selbst wünschten, was wir nicht für die ganze Menschheit zu fordern bereit wären, nämlich rechtshaffenes Handeln (fair dealing), Gerechtigkeit und Freiheit zu leben und Schutz vor organisiertem Unrecht. In diesem Gelfte und mit diesem Gedanken gelangten wir mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß es unsere Aufgabe sein muß, für die Erhaltung und Stärkung des Friedens zu arbeiten. Wir mußten uns bewaffnen, um unsern Anspruch auf ein gewisses Mindestmaß von Recht und Freiheit des Handels durchzusetzen. Wir stehen seit in bewaffneter Neutralität, weil es scheint, daß wir auf keine andre Weise ausdrücken können, worauf wir bestehen und was wir nicht mitteilen können. Es kann sogar sein, daß wir durch die Umstände zu einer aktiven Verteidigung unser Rechte und zu einer mehr unmittelbaren Teilnahme an dem großen Kampfe veranlaßt werden. Aber nichts wird unsere Ideen und unsern Zweck ändern. Wir wünschen weder zu erobern, noch Vorteile zu erringen. Wir wünschen nichts, was nur auf Kosten eines andern Volkes erreicht werden kann. Wir sind nicht länger Provinzialer: die tragischen Ereignisse dieser Monate des Kampfes auf Leben und Tod haben uns zu Weltbürgern gemacht. Wir können nicht zurück. Unser einziges Gesicht als Nation steht auf dem Spiel. Das Folgende ist es, wofür wir eintreten werden: Daß alle Nationen gleichviel Interesse am Weltfrieden und an der politischen Stabilität der freien Völker haben und dafür in gleichem Maße verantwortlich sind, daß das wichtigste Prinzip des Friedens die wirkliche Gleichheit der Völker in allen Rechtsfragen ist, daß der Friede sich nicht sicher und gerechter stellen auf ein schwebendes Nichts stellen können kann, daß die Nationen alle gerechtigkeit (fair power) von der Zustimmung der Amerikaner ableiten, daß die Meere gleich frei und sicher für alle Nationen sein sollen nach Gesetzen, die durch gemeinsames Abkommen festgelegt werden, daß die Nationen der Völker auf die innere Ordnung eines Landes und die häusliche Sicherheit beschränkt werden sollen und daß es nicht jedes Volkes ist, darauf zu achten, daß jeder Versuch, in andern Ländern einer Revolution beizustehen, streng und wirksam unterdrückt und verhindert werde.

In diesen Grundsätzen sollten wir uns einträchtig bekennen. Zu dieser neuen Einigkeit werden wir, in Klammern zusammengefaßt, durch deren Blut wir von Parteilichkeit und Uneinigkeit befreit werden, sowohl in der Erringung unserer Willst als in dem erwünschten Gelfte. Sie zu erfüllen, verbleibt uns. Wir wollen uns im Angesicht aller Menschen der großen Aufgabe, die wir jetzt zur Hand nehmen müssen, weihen.

Neben dieser von ihm veröffentlichten Auanralsadresse hat Wilson eine Botschaft an das Land gerichtet, worin er sich gegen die Opposition im Senat wendet. Während das Abgeordnetenhaus mit überwältigender Mehrheit beschlossen habe, daß dem Präsidenten die verlangten Vollmachten zum Schutze der amerikanischen Handelschiffahrt (Verwahrung der Handelschiffe) erteilt werden sollte, konnte der Senat, trotzdem seine überwiegende Mehrheit ebenfalls für die Maßregel ist, zu keinem Beschlusse kommen, weil sich elf Senatoren dem widersetzen, und weil der Senat keinen Debattecharakter kenne.

Die Ziele, die die Mitglieder vor Augen haben, sind völlig klar feststimm, aber der Senat kann nicht handeln, wenn seine Willst nicht eine einstimmige Einbilligung erlangen. Seine Mehrheit ist machtlos und hilflos. Witten in einer Krise voll außerordentlicher Gefahren, wenn nur ein bestimmtes entscheidendes Handeln die Nation sichern kann oder sie vor dem Krieg durch einen Angriff andrer schützen kann, ist das Handeln unmöglich gemacht.

Da im Auslande nicht der Eindruck entstehen dürfte, daß andre Regierungen tun können, was sie wollen, ohne daß die amerikanische Regierung etwas tun könne, - eine kleine Gruppe amerikastarter